

CLAUS JÜRGEN HUTTERER

Sprachenpolitik gegenüber fremdsprachigen Minderheiten in der k.(u.)k. Monarchie

Die k.u.k. Monarchie war am Vorabend des 1. Weltkrieges mit 676.615 km² und fast 52 Millionen Einwohnern nach Rußland territorial die zweitgrößte Großmacht in Europa. Dieses Reich der Habsburger, das sich seit dem 17. Jahrhundert immer mehr auf die Kronländer und Neuerwerbungen im Osten, Süden und Südosten außerhalb des Deutschen Reiches zurückgezogen hatte, wurde im 18. und ganz besonders im 19. Jh. ein Vielvölkerstaat, vergleichbar in Europa nur mit Rußland und dem Osmanischen Reich. Die deutsche Bevölkerung saß kompakt nur in den eigentlichen Erbländern – auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich – und in den Sudetenländern bzw. in größeren, z.T. auch zerstreuten Sprachinseln so gut wie in allen Ländern des Reiches. In dem Völkergemisch der Monarchie bildete das deutsche Element nur eine bescheidene relative Mehrheit gegenüber den einzelnen „historischen“ Nationen wie Tschechen, Ungarn, Polen und Italienern bzw. jenen Völkern, denen dieser Status nicht zuerkannt wurde: Ruthenen – d.h. Ukrainer – in Galizien und der Bukowina, Rumänen vor allem in Siebenbürgen und der Bukowina, Slowenen in Kärnten, der Krain und der Steiermark bzw. Venetien und Istrien, Kroaten und Serben in den südöstlichen Ländern und in Ungarn, Juden zerstreut im ganzen Reich, kompakt jedoch außer in den Großstädten in Galizien, in der Bukowina und in der heutigen Karpatenukraine in Nordostungarn. Außerdem gab es beträchtliche Gruppen von Zigeunern vor allem in der Ost- und Südosthälfte der Monarchie und viele Splittergruppen sonstiger Nationalitäten (Armenier, Griechen, Ladinler u.a.m.).

Das Problem der Nationalitäten und der Nationalitätenpolitik im 19. und im angehenden 20. Jh. besaß infolge der Vielfalt der Bevölkerung eine zentrale Bedeutung für den Staat wie für die Regierungen. Ein historischer Rückblick zeigt sofort, daß mit dem Problem der Sprache alle Vielvölkerstaaten der Welt konfrontiert waren (und sind). Solange das Nationalbewußtsein noch keine, jedenfalls keine wichtige Rolle spielte, war es die Not der Sicherung der einheitlichen Verwaltung; die Lösung dieser Aufgabe jedoch war stets ein sprachsoziologisches Problem, gleichgültig, welche Methoden dabei angewandt wurden. Die Chinesen haben dafür ein raffiniertes Schriftsystem entwickelt, die Hethiter bauten einen weitverzweigten Übersetzungsapparat auf, die Griechen und noch mehr die Römer führten in den eroberten Gebieten ihre Muttersprache ein. Schon im 1. Jh. n. Chr. rühmt sich Caius Plinius Secundus

(d.Ä., 24-79) in seiner „Naturalis historia“ (III. 3,39):

Italien ... verbindet die verschiedenen wilde Sprachen (*discordes ferasque linguas*) sprechenden Völker durch den Gebrauch einer Sprache der Kultur, die sie einander näherrückt und ihnen eine wahrhaftige Bildung vermittelt, kurzum, Italien wird zur gemeinsamen Heimat aller Völker der Erde.¹

Den Römern ist der Versuch gelungen, der Romanisierung war nur im zivilisatorisch-kulturell zumindest gleichwertigen, teils sogar höherstehenden Griechenland kein Erfolg beschieden.

Österreichs Politiker haben es trotz ihrer klassischen Bildung unterlassen, aus der Geschichte die nötige Lehre zu ziehen. Sie haben zwar innerhalb des Vielvölkerreiches wohl gesehen, daß eine Kultursprache wie Italienisch durch die deutsche Verwaltungssprache des Staatsapparates nicht verdrängt werden kann, aber sie verschlossen die Augen vor der neuen Strömung im 19. Jh., die infolge der nationalen Entwicklung der einzelnen Völker im Rahmen des Reiches eine neue Situation geschaffen hat. Des Kaisers „Völker“ hatten sich inzwischen dem Zeitgeist entsprechend als Nationen, die kleinsten als „nationale Minderheiten“ konstituiert, und als wichtigstes Merkmal ihrer nationalen Zugehörigkeit galt ihre Muttersprache. Schon vor der ungarischen Revolution gab der Vordenker des Reformzeitalters, der Graf Stefan Széchenyi die Devise aus: „Die Nation existiert in ihrer Sprache“, und der k.(u.)k. Theoretiker der Nationalitätenfrage, der ungarische Baron Josef Eötvös, stand auf dem gleichen Standpunkt.

Diese zentrale Bedeutung der Sprache hat die Regierungen der Monarchie enorm belastet. Als Josef II. Latein als Verwaltungssprache abgeschafft und durch Deutsch ersetzt hatte, war es noch einfach, im Sinne des Absolutismus diesen Schritt damit zu begründen, Deutsch sei die Sprache des Souveräns. Die nationale Frage blieb ausgeklammert: Die josephinische Entscheidung war vom Reformkaiser sicher nicht als Handhabe einer Germanisierung, sondern rein rational gedacht. Deutsch war doch die Sprache, die nicht auf die deutschsprachigen bzw. mehrheitlich deutschsprachigen Kronländer beschränkt war, sondern von der sozialen Oberschicht seiner Zeit im ganzen Reich gesprochen bzw. verstanden wurde.

Im Zeitalter des nationalen Aufschwungs im 19. Jh. lagen die Dinge ganz anders: Die einzelnen Völker – darunter übrigens auch die Deutschen – begannen sich national(istisch) zu artikulieren und drangen immer lauter

¹ Nebenbei, scheint hier – so viel ich sehe – das erstmal der Begriff und Ausdruck *Verkehrssprache* oder *Umgangssprache: sermonis commercium* auf.

auf eine Konföderation Schweizer Prägung, was wiederum der traditionellen Reichsidee zuwiderlief. Aber auch die Idee der Konföderation war dadurch belastet, daß, mit Ausnahme von dem Herzogtum Österreich und Salzburg, *alle* Länder mehrere Sprachgruppen zusammenfaßten, so etwa war die Bevölkerung von Böhmen und Mähren zu einem guten Drittel deutsch, in Tirol wohnten neben Deutschen Italiener und Rätoromanen (Ladiner), in den norditalienischen Provinzen neben Italienern auch Ladiner und Slowenen bzw. Kroaten, in der Krain, der Steiermark und Kärnten saßen Deutsche und Slowenen, in Schlesien neben Deutschen Tschechen und Polen, in Galizien Polen, Ruthenen (Ukrainer) und jiddisch sprechende Juden, im Herzogtum Bukowina gab es Juden, Ukrainer, Polen, Rumänen und Deutsche, in Istrien und Dalmatien dreierlei Südslawen und Italiener usw. In Transleithanien war das Bild ebenso kompliziert: Neben Ungarn lebten hier Slowaken hauptsächlich im Norden (heute: Slowakei), Rumänen in Siebenbürgen (heute: Rumänien), Ukrainer und Juden im Nordosten (heute: UdSSR), Kroaten, Serben und Slowenen im Süden, um von der an die 2 Mill. starken deutschen Volksgruppe und den als Nation gar nicht anerkannten Zigeunern ganz zu schweigen.

Die sog. nichtdeutschen „historischen“ Völker – darunter Ungarn, Tschechen, Polen, Italiener, Südslawen und Rumänen, etwas später auch die Ukrainer – drangen von den 40er Jahren des 19. Jhs. an immer mehr auf die Erstellung eines nationalen Katasters auf Grund der Muttersprachen, um auf dieser Basis auch ihre politische Eigenständigkeit in Wirtschaft und Kultur, und nicht zuletzt auch territorial zu erreichen. Dazu kam es jedoch – kurz vor dem Zusammenbruch der Monarchie – nur in der Bukowina, auch hier nicht zuletzt in der Erwartung, daß die jüdischen Massen auf Grund ihrer jiddischen Muttersprache, die offiziell als ein deutscher Dialekt betrachtet wurde, sich zum Deutschen bekennen würden. Ansonsten wurde nur in Ungarn nach dem Ausgleich von 1867 ein nationaler Kataster aufgelegt, aber auch hier nicht etwa aus irgendeiner Konzilianz den Nichtmagyaren gegenüber, sondern im Interesse des Magyarentums.

Die Zentralregierung war aber nicht bereit, einen nationalen Kataster zu erstellen, und – mit Ausnahme der Bukowina – ließ bei den Volkszählungen bis zuletzt die verschwommene oder überhaupt nicht determinierte „Umgangssprache“ der Bürger erheben. Die Regierung verstand darunter die Sprachen, die in den einzelnen Kronländern im amtlichen bzw. sozialen Umgang als Verkehrssprachen, es hieß auch: als „landesübliche“ Sprachen, Verwendung fanden, die Nichtdeutschen verstanden darunter jedoch die Muttersprache.

Der Streit ging nicht etwa um des Kaisers Bart, denn davon, welche Sprache(n) in einem Kronland als „landesübliche Umgangssprache(n)“ anerkannt wurde(n), hing es ab, was für Sprachen jeweils als Unterrichtssprachen (einschließlich der Universitäten!), vor Gericht, in Ämtern usw. zugelassen wurden. Die Zentrale vertrat den Standpunkt, daß im Interesse der Reichsidee Deutsch überall, wo es nur möglich erschien, auch als Ausgleichssprache im Unterricht und sonstwo dominieren sollte. Daraus entsprang das österreichische Prinzip des Utraquismus, d.h. des zweisprachigen Unterrichts, im Klartext mit drei Varianten: 1) Deutsch als Unterrichtssprache, 2) Deutsch als gleichberechtigte Unterrichtssprache neben anderen und 3) Deutsch als Pflichtfach neben einer nichtdeutschen Unterrichtssprache.

Wie der Begriff „Umgangssprache“, war natürlich auch der „Utraquismus“ ein Kautschukbegriff, der allerlei Manipulationen Tür und Tor öffnete. Neben Deutsch wurde auch in dieser Hinsicht nur das Italienische und, wenn auch zähneknirschend, nach dem Ausgleich in Ungarn das Ungarische bevorzugt behandelt, nicht zuletzt aus einer panischen Angst vor dem Gespenst des Panславismus, da die Slawen in ihrer Gesamtheit etwa 60 % der Bevölkerung ausmachten. Freilich gab es auch Anhänger dieser Idee des Panславismus – ihre Verfechter verwendeten aber unter sich hauptsächlich Deutsch als Kommunikationsmittel, so daß man geradezu den Witz prägte, Deutsch sei eigentlich die gesamtlawische Umgangssprache; aber sie waren unter sich auch dermaßen zerstritten, daß diese Idee überhaupt keine politische Zukunft haben konnte. Die Tschechen und die Polen stritten sich um die nationale Zugehörigkeit der in Schlesien ansässigen „Wasserpölacken“, deren Idiom einen Übergang zwischen Tschechisch und Polnisch bildete, die Polen standen im schärfsten Streit mit den Ukrainern in Galizien usw.

Charakteristisch sind auch die Methoden bei der Ermittlung der jeweiligen „Umgangssprache“ in den einzelnen Ländern der Monarchie. Die Ladinern wurden generell dem Italienischen zugeordnet, und als die Deutschtiroler die Regierung baten, in *ihrem* Interesse die Ladinern von den Italienern zu trennen, so wurde das abgelehnt mit Hinblick auf Friaul, wo dadurch das Italienische, das im Süden der Monarchie als ein Bollwerk gegen die Slawen galt, geschwächt werden würde. In Istrien und Dalmatien kam es vor, daß in als rein italienisch ermittelten Ortschaften (in Lošinj z.B.) die Unterrichtssprache nachträglich zugunsten des Kroatischen geändert werden mußte, weil die Kinder das Italienische überhaupt nicht verstanden. In diesen Landstrichen haben die italienischen Volkszählungskommissare etwa so gefragt: *Parla lei italiano?* und gleichgültig, ob mit *si* oder *no* geantwortet wurde – *no* ist ja auch

italienisch – hieß es: Umgangssprache italienisch. Man versuchte auch auf Grund von Wortfragen sogenannte Mischsprachen wie „Istrianisch“ oder „Windisch“ zu erfinden, denen die „Landesüblichkeit“ naturgemäß abgesprochen wurde. Genauso erging es dem Jiddischen in Galizien (und in der Bukowina, aber auch sonstwo), als die Zionisten – diese „widerspenstigen Juden“, hieß es in einem Bescheid – seine Anerkennung als Umgangssprache beantragten. Da entschied die Zentrale, es sei nicht möglich, denn Jiddisch sei keine eigene Sprache, sondern bloß ein „lokaler Dialekt“ (des Deutschen, versteht sich).

Die Polen in Galizien gingen noch weiter. Den katholischen Ukrainern erklärten sie, nicht die Sprache sei die Umgangssprache, in der sie zu Hause und im Umgang mit anderen Menschen verkehrten, sondern diejenige Sprache, der sie sich in der Kirche bedienten, und diese war Polnisch, also sollten sie sich zum Polnischen als zu ihrer Muttersprache bekennen. Es ist aufschlußreich, was der katholische Bischof von Lemberg – ein Pole – 1910 prophezeite, indem er das Fakt, daß galizische Katholiken als Verständigungssprache „Ruthenisch“ (also Ukrainisch) gebrauchten, als „eine geschichtlich unentschuld bare Anomalie“ bezeichnete und seiner Hoffnung Ausdruck gab, „daß sich nach Ablauf des neuen Dezenniums kein Ort bei uns finden wird, wo die Polen die ruthenische Sprache als Umgangssprache gebrauchen würden“. Es ist jedoch anders gekommen.

Eine große Rolle spielte dabei das wirtschaftliche und soziale Argument. Sudetendeutsche Gläubige drohten z.B. ihrem böhmischen Pfarrer – der mit ihnen und auf der Kanzel doch deutsch sprach –, sie würden nie wieder in die Kirche gehen, ja sogar aus der Kirche austreten, wenn er ihr Bekenntnis zum Tschechischen nicht bereit wäre zurückzuziehen. Es war an der Tagesordnung, daß deutsche Arbeitgeber ihre tschechischen, tschechische Arbeitgeber ihre deutschen Arbeiter und Angestellten unter Androhung der Entlassung zwingen, sich zur Sprache der Arbeitgeber als zur „Umgangssprache“ zu bekennen. Den tschechischen Dienstboten gegenüber war es oft praktiziert in Wien, wo der Zustrom tschechischer Untertanen auf der Suche nach Arbeit erst gegen Ende des 19. Jhs. nachließ, nachdem es zu einem stärkeren Ausbau der Industrie in Böhmen gekommen war. Ein beliebtes Druckmittel war seitens der Hausherrn die Androhung einer Kündigung der fremden Mieter, falls sie nicht bereit waren, sich zur Sprache ihrer Hausherrn zu bekennen. Das wurde sowohl in Böhmen, in Wien sowie in den italienisch dominierten, aber mehrheitlich slawischen Städten des Südens mit Vorliebe praktiziert, jeweils gegenüber den Anderssprachigen. Besonders die Landes- und Bezirkszentren waren neben Wien solche „ethnopolitische Druckzonen“, wie sie ein österreichischer Historiker bezeichnet hatte.

Es ist verständlich, daß es bei diesem Stand eines „bellum omnium contra omnes“ überall zur Bildung von nationalen Schutzorganisationen kam. Wenn das für die Ruthenen die griechisch-katholische bzw. orthodoxe Kirche war, so war es die zionistische Bewegung für die Juden, die Česká národní rada – der Tschechische Volksrat – für Böhmen und Mähren, der Deutsche Volksrat für die Sudetendeutschen usw., usf. In der Verschärfung der Kontroversen wurden diese Vereine immer mehr auch aktive Kampforganisationen mit rechtsradikalen u.ä. Idealen, nicht selten zu richtigen Hetzorganen. Der sudetendeutsche Verein „Nordmark“ schließt seine Rundschreiben und Aufrufe 1910 „mit treudeutschem Heilgruß“ oder schlicht „mit deutschem Heilgruß“ oder schlicht „mit deutschem Gruß“. Nach der Meinung eines Sprechers der Tiroler, Georg v. Pflügl, „erwartet der Deutsche nur zu oft in nationalen Belangen Heil und Hilfe von der Regierung. Er vergißt hier ganz, daß die österreichische Regierung keine deutsche Regierung ist und daher auch nicht für die deutsche Nation Partei ergreifen kann“. Und die Sudetendeutschen stellten fest: „Wir Deutsche in Böhmen befinden uns im Zustande der Notwehr“.

Dabei war das Prinzip der Gleichberechtigung der Nationen bzw. Nationalitäten besonders seit Art. 19 des Staatsgrundgesetzes von 1867 nur eine Verbrämung der Tatsache, daß die Völker der Monarchie – die Deutschen nicht ausgenommen – ihr Vertrauen in die Gewährleistung der nationalen Gleichberechtigung seitens der Regierung völlig verloren hatten. Die Zentralregierung, vor allem das Innen- und das Unterrichtsministerium, die von diesen Problemen am meisten belastet waren, beschränkte ihre Tätigkeit auf das lokal begrenzte und fallweise Schlichten der immer wieder aufflammenden Streite, ohne sich zur Idee der Konföderation der Nationen innerhalb des Reiches durchdringen zu können. Dieses Feuerwehrsyndrom war aber längst überholt und spätestens nach 1849 – nach der Entkrönung des Kaisers als König von Ungarn – war es klar, daß die Treue zur Dynastie gebrechlich geworden war. 1867 kam es zu einem Ausgleich mit den Ungarn, die anderen sind dabei leer ausgegangen. Diesem Ausgleich zuliebe war Österreich bereit, an die 2 Millionen Deutsche in Ungarn, zusammen mit allen anderen Völkern Ungarns, einer verschärften Assimilationspolitik zu opfern. In Transleithanien wurde eine juristische Quadratur des Kreises zur Grundlage der Nationalitätenpolitik erhoben: Im Geiste des Liberalismus wurden hier keine Nationalitäten außer der ungarischen, nur Untertanen verschiedener Sprachen für gleichberechtigt erklärt, mit dem offen ausgesprochenen Ziel, diese Untertanen auch sprachlich an das Magyarentum zu assimilieren.

Sowohl die kaiserliche wie die königlich-ungarische Politik ihren Völkern gegenüber hat jenen Kräften zum Vormarsch und letztendlich zum Sieg verholfen, die die Monarchie als Völkerkerker empfanden und sich von ihr loslösen wollten. Von unserer heutigen Warte aus gesehen war sie aber eher ein Kalkasches Schloß, in dem alles durcheinandergeraten war. Böhmen und Mähren wollten sich mit den slowakischen Stammesbrüdern Nordungarns in einem Nationalstaat verbinden, Polen, Rumänen, Italiener wie Südslawen suchten Anschluß an ihresgleichen außerhalb der Monarchie, ja sogar bei den Deutschen griff zunehmend der Wunsch nach Anschluß an das Bismarcksche Deutsche Reich um sich. Bei diesem Stand der Dinge konnte es nicht anders kommen wie es bei der ersten Gelegenheit im 1. Weltkrieg tatsächlich kam: Das Reich zerfiel in seine Bestandteile, da es trotz der ökonomischen Vorteile seiner Einheit außerstande war, seine Völker auch geistig zu verbinden. Die Weisheit des Cicero haben die Regierenden der k.u.k. Monarchie nicht verstanden, die er in einem Brief an Atticus (10, 7, 1) festhielt: *Tempori serviendum est*. Und der infolge dieser Vogel-Strauß-Politik angehäuften Sprengstoff hat im 1. Weltkrieg die ganze Monarchie, Zis- wie Transleithanien, zerstört. Die negativen Folgen davon sind in den sog. „Nachfolgestaaten“ der Monarchie bis heute nicht überwunden.

Anhang

Die Bevölkerung Ungarns (Transleithaniens) zwischen 1880 – 1910

absolut	1880	1890	1910
Ungarn	6 403 687	7 356 874	9 944 627
Deutsche	1 869 877	1 988 589	1 903 357
Slowaken	1 855 442	1 896 641	1 946 357
Rumänen	2 403 035	2 589 066	2 948 186
Ruthenen	353 226	379 782	464 270
Kroaten		183 642	
Serben	613 995	(495 105)	656 326
Sonstige	211 360	243 795	401 412
Zusammen	13 728 622	15 133 494	18 264 533

Die Bevölkerung Zisleithaniens zwischen 1880 – 1910

absolut	1880	1890	1900	1910
Deutsch	8 008 864	8 461 580	9 170 939	9 950 266
Böhmisch-Mährisch-Slowakisch	5 180 908	5 472 871	5 955 397	6 435 983
Polnisch	3 238 534	3 719 232	4 259 152	4 967 984
Ruthenisch	2 792 667	3 105 221	3 375 576	3 518 854
Slowenisch	1 140 304	1 176 672	1 192 780	1 252 940
Serbisch-Kroatisch	563 615	644 926	711 380	783 334
Italienisch-Ladinisch	668 653	675 305	727 102	768 422
Rumänisch	190 799	209 110	230 963	275 115
Magyarisch	9 887	8 139	9 516	10 974
anwesende einheimische Bevölkerung	21 794 231	23 473 056	25 632 805	27 963 872